

3.2 Ein kurzer historischer Abriss der bundesrepublikanischen Umweltbewegung/en

In den folgenden Ausführungen wollen wir zur Kontextualisierung des Gegenstands einen kleinen Ausflug in die Historie der bundesrepublikanischen Umweltbewegung/en unternehmen. Nach Überlegungen zu den Vorläufern der zeitgenössischen Umweltbewegung (der Gegenwart und jüngeren Vergangenheit) (Abs. 3.2.1) nähern wir uns den ökologisch bewegten 1970er und 1980er Jahren entlang wichtiger Eckpfeiler und Entwicklungslinien (Abs. 3.2.2), auch im Zusammenhang mit den Friedens- und Anti-AKW-Protesten in der BRD (Abs. 3.2.3). Im darauffolgenden Abschnitt (3.2.4) gilt mein besonderes Augenmerk der Etablierung der Klimabewegung und des internationalen Klima(schutz)regimes, um dann zum Abschluss thesenhaft Zukunftsentwürfe und Grundmotive in der ökologischen Bewegung der BRD zu sondieren (Abs. 3.2.5).

3.2.1 Vorbemerkungen: Vorläufer der zeitgenössischen Umwelt- und Klimabewegung

Seit Anbeginn der 1970er Jahre erleben wir einen schwindelerregenden Aufstieg der Umweltbewegung, was Joachim Radkau dazu veranlasst, in seinem gleichnamigen Opus eine »Ära der Ökologie« zu proklamieren (Radkau, 2011). Ihr Weg ist dennoch nicht als reine Erfolgs- und Fortschrittsgeschichte zu erzählen, sondern erweist sich bei genauerem Hinsehen als gesäumt von Rückschlägen und Niederlagen¹ (für eine umfassende Darstellung siehe Radkau, 2011; Uekötter, 2015 und mit Schwerpunkt auf den »Gründungsgrünen« siehe Mende, 2011).² Radkau (2011, S. 28) gibt zudem zu bedenken, dass eine Epochenbezeichnung so lange geschichtswissenschaftlich prekär bleiben muss, wie wir uns selbst in dieser beheimatet sehen. Ein Ende der Umwelt- und Klimabewegungsgeschichte ist bislang nicht in Sicht. Ebenso erschweren die Vielstimmigkeit und Verflochtenheit der Themenstränge, Schauplätze und Akteur*innen das Unterfangen einer histo-

¹ Man denke nur an die bescheidenen, meist auf der Ebene bloßer Lippenbekenntnisse anzusiedelnden Resultate des Gros der jüngsten Klimakonferenzen.

² Insbesondere auf diese drei Quellen stützt sich meine Überblicksdarstellung im Folgenden.

rischen Rekonstruktion: Anstatt mit einer monochromatischen Bewegung haben wir es mit einem »Chamäleon« zu tun, »das zu seinem Dschungelhabitat passt« (ebd., S. 22). Im Hinblick auf Schauplätze des »Ökologismus« werde ich mein Augenmerk hier – anders als Radkau (ebd.) – auf den für diese Studie relevanten bundesrepublikanischen Kontext legen, ohne dabei freilich die für ein tieferes Verständnis elementaren transnationalen Einflüsse außen vor zu lassen.

Zu der Geburtsstunde und den Geburtshelfern der zeitgenössischen Umweltbewegung wird Unterschiedliches, auch Widersprüchliches, verlautbart. So äußert Wilhelm Schmid (2008) in »Ökologische Lebenskunst« die (nicht nur hier zu findende) These, die Ursprünge des modernen Umweltbewusstseins seien auf das 19. Jahrhundert zurückzudatieren. So röhrt selbst der Begriff »Ökologie« aus dieser Zeit. Weiterhin sei der (wissenschaftliche) Boden für ökologisches Denken damals z.B. durch Alexander von Humboldt bereitet worden, der (gleich anderen seiner Zeitgenossen) den zunehmenden Raubbau an der Natur anmahnte und eine in ihrer Vernetztheit neuartige Perspektive auf Naturphänomene einnahm.³ Einen weiteren Bezugspunkt bildet die europäische »Holznot« der 1790er Jahre, eine hitzig ausgetragene Debatte, die auf den ersten Blick Assoziationen zu jener um das »Waldsterben« weckt, und aus welcher der Begriff der »Nachhaltigkeit« hervorging.⁴

Der späteren ökologischen Revolution wurde in der »Sattelzeit« um die Jahrhundertwende der Weg bereitet, als sich damit affine Bestrebungen in den Tierschutz-, Lebensreform- und Hygienebewegungen herauskristallisierten (Radkau, 2011, S. 58).⁵ Einen kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen Hygiene- und Lebensreformbewegung sowie späterer Umweltbewegung bildet dabei die *Sorge um die Gesundheit* (ebd., S. 67). Unter dieser Überschrift lassen sich im weit verästelten diskursiven Netz der »Lebensreform« verschiedene Anliegen subsumieren: Vegetarismus, Naturheilkunde, Reformlandwirtschaft, Körperkultur, Alkoholabstinenz, Kleidungsreform⁶ (vgl. Fritzen, 2006). Formativ für die Hygienebewegung war die Gesundheitsgefährdung in den rasant wachsenden urbanen Industrialisierungszentren, verursacht durch »Vermüllung«, mangelhafte sanitäre Versorgung (ein Nährboden für gefürchtete Seuchen wie Cholera und Typhus) und die sog. »Rauchplage« (vgl. hierzu Uekötter, 2003). Richtetete sich die Besorgnis hier in erster Linie auf die grassierenden Infektionskrankheiten, dominierte

3 Uekötter (2019, S. 10) stellt jedoch für die Klimaforschung heraus, ihre Wurzeln seien lediglich unter »erheblichen intellektuellen Verrenkungen« in den im 19. Jahrhundert entstandenen Arbeiten, etwa von Arrhenius, zu finden.

4 Bei näherem Studium offenbart sich aber, dass die Debatte nicht ohne Weiteres auf jene um das Waldsterben in den 1980er Jahren übertragbar ist, so ist sie im Großen und Ganzen als »Angriff des Liberalismus auf den Merkantilismus« zu deuten (Radkau, 2011, S. 41).

5 Exemplarisch für die Verflochtenheit von Reform- und Umweltbewegung kann das im Kontext des Anti-AKW-Protests in Gorleben zu verortende Zitat der früheren Grünen-Politikerin Eva Quistorp stehen: »Gorleben war ein Sommerlager, und ich dachte, wir machen jetzt alles neu: Wir machen Lehmbau – vollkommen neu. Wir sammeln Kräuter – vollkommen neu. Wir backen selber Brot – vollkommen neu. Später stieß ich dann darauf, dass wir im Grunde die Reformbewegung aus den 20er Jahren gelebt haben, die durch den Nationalsozialismus abgebrochen wurde« (Heinrich-Böll-Stiftung, 2018, S. 62).

6 Worunter vorrangig der gesundheitlich wie emanzipatorisch motivierte Kampf gegen das Korsett fiel.

in der späteren Umweltbewegung die »Krebsangst« (Radkau, 2011, S. 151). Im Gegensatz zu den sich unter dem Stichwort der Lebensreform formierenden »Naturschwärmern« und zum Kern der jüngeren Umweltbewegung waren diejenigen, die Stadthygiene- und Stadtsanierungsmaßnahmen anstrengten, jedoch überwiegend beseelt vom technokratischen Fortschrittsglauben (ebd., S. 64).

Als »age of ecological innocence« deklariert der Umwelthistoriker Ramachandra Guha in »Environmentalism: A Global History« die Periode zwischen den Weltkriegen bis zur Veröffentlichung von Rachel Carsons »Silent Spring« im Jahr 1962 (vgl. ebd., S. 12). Doch inwieweit trifft diese Qualifikation, gerade mit Blick auf den hier anvisierten bundesdeutschen Raum, zu? Was zunächst Rachel Carsons wissenschaftlich informiertes wie poetisches Werk zu den durch DDT-Einsatz entstandenen Naturschäden angeht, entfaltete dies in den USA in der Tat eine katalysatorische Wirkung für die dortige »environmental movement«, während die Rezeption in Deutschland verzögert erfolgte (vgl. Mende, 2011, S. 296).⁷ Gegen die These des »Zeitalters der ökologischen Unschuld« spricht, dass das in diese Zeitspanne fallende Jahr 1945 für das Mensch-Umwelt-Verhältnis eine Zäsur markiert. Für eine Vielzahl von Natur- und Kulturwissenschaftler*innen läutet es ein das Holozän ablösendes erdgeschichtliches Zeitalter ein, das Anthropozän (Horn & Bergthaller, 2020).⁸ Schließlich vollzieht sich von diesem Zeitpunkt an – korrelierend mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den ersten Atomwaffentests – eine »große Beschleunigung« (»great acceleration«). Ab diesem Wendepunkt nehmen also die durch verschiedene Parameter zu bemessenden menschlichen Eingriffe in die Natursphäre ein bisher ungekanntes, sich rasant steigerndes Ausmaß an. Dies ist mit der drohenden oder bereits eingetretenen irreversiblen Überschreitung planetarer Belastungsgrenzen verbunden – etwa im Bereich der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre, dem Niedergang der Biodiversität und der Nitratbelastung der Böden. Mag sich im Jahr 1945 und darüber hinaus in den 1950er Jahren auch ein erdgeschichtlicher Bruch vollzogen haben, so sind es doch eigentlich die beginnenden 1970er Jahre, in denen sich eine großflächige umweltpolitische Bewusstseinsbildung in der BRD ankündigte (vgl. Mende, 2011, S. 291f.). Demgegenüber ist für die Nachkriegsjahre festzuhalten, dass hier ein zum Geist der »Ära der Ökologie« konträr verhaltender Glaube an die Heilsversprechen des technologischen Fortschritts vorherrschte.

Rücken wir auf dem Zeitstrahl in das Jahr 1968 vor, in diese von einer Aufbruchsstimmung bestimmten, heutzutage zur Chiffre geronnenen Zeit der Außerparlamentarischen Opposition und Studentenbewegung, drängt sich die Frage auf, inwieweit hierin die Ursprünge der sich unmittelbar danach vollziehenden Expansion der Umweltbewegung zu suchen sind. Folgt man Radkau (2011, S. 156f.), so ist eine Kontinuität vor allem in der partiellen Aneignung des Aktionsstils der US-amerikanischen »Hippie«-Bewegung

7 Das Ausmaß der Wirkmacht ihres Buches erklärt sich in der BRD nicht zuletzt dadurch, dass die Öffentlichkeit durch den Contergan-Skandal im Jahr 1961/1962 sensibilisiert worden war (Herrmann, 2009, S. 38).

8 Wann das Anthropozän seinen Anfang nahm und inwieweit diese Bezeichnung (einschließlich der hiermit transportierten Konnotationen) überhaupt angemessen ist, ist Gegenstand von Debatten (für einen instruktiven Überblick siehe Horn & Bergthaller, 2020). Jüngst entschied sich ein Gremium von Geowissenschaftler*innen gegen eine Proklamierung als neues Erdzeitalter, was wiederum medial und in Wissenschaftskreisen kontrovers aufgenommen wurde (vgl. Eichhorn, 2024).

zu sehen, was auch insofern nicht erstaunt, als sich ein nicht unbedeutender Teil der einstigen Umweltbewegung aus »1968ern« rekrutierte. Nicht zu vergessen ist ferner, dass die »1968er« in der BRD als Initialzündung der Formierung der Zivilgesellschaft als solcher gelten. Programmatisch-inhaltlich knüpfte man einerseits unter Umweltbewegten an den 1968er-Pathos an, andererseits lässt sich tendenziell eine Verschiebung weg vom Abstrakten hin zum Konkreten, weg von universalistischen Theorie- und Zukunftsgebilden hin zu »kleinen«, erkämpften und gelebten Utopien konstatieren (vgl. Mende, 2011, S. 40, 275). Dies findet bspw. im Gespräch mit einem Interviewpartner Widerhall, der – im Windschatten der 1968er-Bewegung politisch sozialisiert – die Schilderung seines umweltaktivistischen Werdegangs mit den Worten »[...] mir wars nach Praxis zumute« einleitet (Int. 8, S. 1).

3.2.2 Anfangsjahre der Umweltbewegung: Eckpfeiler und Entwicklungslinien in den ökologisch bewegten 1970er und 1980er Jahren

»[G]raue Luft, rote Flüsse, ähm: unsichtbare Radioaktivität überall //mhm//, die die Menschen krankmacht, ähm, stinkende Luft, Straßenverkehr, laut [...]«, so zeichnet eine Interviewpartnerin aus der Retrospektive ihr damaliges Bild einer lebensfeindlich anmutenden BRD der 1980er Jahre (Int. 9, S. 6). Hierin spiegeln sich gleich mehrere Grundthemen, die Umweltbewegte in der Anfangszeit der »ökologischen Revolution« umtrieben: Lärmbelästigung, industriell verursachte Gewässer- und Luftverschmutzung, von der »unsichtbaren« Radioaktivität ausgehende Risiken usw. Ihr Bindeglied besteht in der Thematisierung (fehlender) »Lebensqualität«, um eines der Schlagwörter der grünen Bewegung zu bemühen (vgl. Mende, 2011, S. 44). Laut Frank Uekötter (2015, S. 158) stand eine Trias der »Risikotechnologien« im Zentrum der Aufmerksamkeit: »Chemie«, Atomkraft und Gentechnik. An verschiedenen Orten sprossen in den 1970er Jahren Bürgerinitiativen wie Pilze aus dem Boden, die den Einsatz ebendieser »Risikotechnologien« anmahnten. Zu überregionaler Bekanntheit brachten es etwa diejenigen, die sich zum Protest gegen den Industriekomplex der VEBA-Chemie in Duisburg formierten. Dabei war – wie zuvor mit Radkau als Parallele zur Lebensreformbewegung herausgestellt – die Gesundheitsgefährdung zentral: Anstatt von Infektionskrankheiten wurde als Grundübel insbesondere die »Verkrebsung der Menschheit« ausgemacht (wie es Petra Kelly in einem Spiegel-Interview zuspitzte; Mettke, 1982). In einem metaphorischen Sinne wurde auch die ökologisch verheerende Entfesselung wirtschaftlichen Wachstums als Krebserkrankung beschrieben (Mende, 2011, S. 315ff.).

Wie lassen sich die changierenden thematischen Brennpunkte bzw. Prioritätensetzungen der grünen Bewegung nun in eine (niedrig aufgelöste) Chronologie bringen? Zu Beginn der 1970er Jahre wurden wachstums- und fortschrittskritische Perspekti-

ven⁹ durch den Club of Rome-Bericht »Grenzen des Wachstums« und die ebendiese Prognosen untermauernde Ölkrise des Jahres 1973 popularisiert. Solcherlei auf globale Zusammenhänge gerichtete Diskurse wurden auch in den darauffolgenden Jahrzehnten von Akteur*innen fortgeschrieben. Auch zeichneten sich die 1970er Jahre wie gesagt durch das Aufkommen der Organisationsform der Bürgerinitiativen aus, die sich besonders um Bauvorhaben zur zivilen Kernkraftnutzung konzentrierten. Zu Anfang der achtziger Jahre entbrannte der Protest um Atomwaffen und damit entfaltete sich die mit der »ökologischen Revolution« aufs Engste verwobene zweite Friedensbewegung der BRD. Nachdem der Protest um die zivile Atomkraft zunehmend »eingeschlafen« war, wurde in den frühen 1980er Jahren der Alarm um das Waldsterben für die Umweltbewegung emblematisch und brandbeschleunigend. Folgt man der Auffassung von Radkau und Hahn (2013, S. 306f.), so geht erst von dieser an die Waldromantik anknüpfenden Akzentsetzung der Impuls für eine milieuüberschreitende »Massenbewegung« heutiger Prägung aus (zugleich wird z.B. von Radkau, 2011, S. 209ff., und Mende, 2011, S. 364, auch der Protest gegen die zivile Kernkraft als wesentliches bewegungsbegründendes Moment herausgehoben).

Vermutlich ist bereits deutlich geworden, dass diese zweite Umweltbewegung (nach der Lebensreform- und Hygienebewegung) kein monolithischer Block war. Vielmehr entpuppt sie sich als Kollektivsingular, der eine enorme Vielfalt an Themenstellungen, Aktionsformen und Positionierungen in sich einschließt. Mit Rucht und Roose (2001, S. 181f.) lässt sie sich grob in drei Hauptströmungen unterteilen: erstens die »Naturschutzbewegung«, deren Mitglieder sich teils bereits zur vorletzten Jahrhundertwende organisierten (z.B. im bayerischen »Bund Naturschutz«) und die später überwiegend einen Paradigmenwechsel hin zu einer ergänzenden Umweltorientierung und weg vom Konservatismus vollzog, zweitens die sich zunächst aus Bürgerinitiativen zusammensetzende, politisch stärker involvierte, das Lokale mit dem Globalen verknüpfende »moderne Umweltbewegung« und drittens die mit der Zeit zunehmend verdrängte »politische Ökologie«, deren Vertreter*innen eine gesellschaftliche Transformation anstrebten. Aufs Engste ist diese zweite ökologische Bewegung ferner mit dem alternativen Milieu verbandelt, das ab den späten sechziger Jahren bis zur Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts einen beispiellosen Aufschwung erfuhr (vgl. Reichardt & Siegfried, 2010). Neben den markanten Meilensteinen im Feld der zivilgesellschaftlichen, staatlichen und kommunalen Politik (Uekötter, 2015, S. 18) sollen also die für die hiesige Umweltbewegungsgeschichte wohl mindestens ebenso formativen Elemente der *Lebensführung* nicht aus dem Blick geraten. Hierzu pointiert Uekötter (ebd., S. 17): »Für die Umweltgeschichte Deutschlands waren Sandalen und Vollkornbrot vielleicht nicht weniger wichtig als Atomkraftwerke.«

9 Zu berücksichtigen ist hierbei die zweifache Konzeption von »Fortschritt«, von dem man sich in der grünen Bewegung eben nicht gänzlich verabschiedete: Bejaht und begrüßt wurde er in seiner »humanistischen« im Gegensatz zu seiner »technisch-materiellen« Gestalt (Mende, 2011, S. 293). Jener Verabschiedung des materiellen Fortschrittsglaubens stand man aber z.T. in den in die Ökologiebewegung eingegangenen linken Kreisen skeptisch gegenüber. Schließlich liegt dies quer zur marxistischen Kritik des Kapitalismus, was Rudolf Bahro dazu veranlasste, die Notwendigkeit einer Erweiterung oder Neudeinition sozialistischer Theorie zu fordern (vgl. ebd., S. 291).

Zum Habitus der bundesrepublikanischen Umweltbewegung gehörte in den Siebzigern und Achtzigern des letzten Jahrhunderts das Hadern mit ihrer Institutionalisierung, stand diese dem Wesen der neuen sozialen Bewegungen doch vermeintlich entgegen.¹⁰ Allerdings war die Politisierung des Ökologischen in der BRD zu Anfang eine »staatliche Veranstaltung« (Engels, 2006, S. 275), was wesentlich auf die Initiative des einstigen Bundesinnenministers Hans-Dietrich Genscher im Verbund mit Peter Menge-Glückert zurückzuführen ist. Bezeichnend hierfür ist, dass selbst die heutzutage geläufige Rede vom »Umweltschutz« 1969 in einer internen Besprechung als »bürokratischer Neologismus« (Uekötter, 2015, S. 120) dem Englischen entlehnt wurde. Schließlich betrat 1980 die frisch gegründete, zahlreiche Bürgerinitiativen fusionierende und 1983 mit 5,6 Prozent erstmals in den Bundestag eingezogene Partei »Die Grünen« das parlamentarische Parkett. Um das besagte Hadern mit ihrer Institutionalisierung drehte sich jener erbittert geführte Disput, der als Auseinandersetzung zwischen den »Fundis« und »Reals« in die parteipolitische Geschichte der BRD einging. Konkreter gesprochen entzündete sich dieser an der Frage, ob man sich (um erneut aus dem Interview mit Petra Kelly zu zitieren; Mettke, 1982) als »Anti-Parteien-Partei« identifiziert, die ihre Anstrengungen auf die Etablierung basisdemokratischer Politikformen richtet, oder stattdessen den vorgezeichneten Pfad parlamentarischer Einflussnahme beschreitet (für eine Vertiefung vgl. Mende, 2013).

3.2.3 Von der Atomeuphorie zu »Atomkraft – Nein danke!«: Friedens- und Anti-AKW-Proteste in der BRD

Zu den Spezifika der bundesrepublikanischen Umweltbewegung gehört, dass sie untrennbar mit der Anti-AKW-Bewegung verschwistert ist. Der hierdurch entfachten »größte[n] öffentliche[n] Kontroverse in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik« (Radkau, 2011, S. 212) verdankt sie fraglos einen Teil ihrer heutigen politischen Schlagkraft, nicht zuletzt durch die letztlich im Wesentlichen hieraus hervorgegangene Partei »Die Grünen«. Entsprechend bewertet Radkau (ebd., S. 24) ein Auseinanderdividieren von Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung auf Basis dessen, dass letztere vorrangig mit Gesundheits- und Sicherheits- anstatt mit Umweltaspekten befasst gewesen sei, als »ganz und gar wirklichkeitsfern«.

Die in der Nachkriegszeit kursierende Atomeuphorie galt dem Topos des zivil genutzten »friedlichen Atoms«, während das kriegerische Nutzungspotenzial der Atomkraft Besorgnis hervorrief. Das Neuartige und Erschreckende lag darin, dass die Apokalypse auf einmal am Horizont des Menschenmöglichen erschien. Versinnbildlicht wird das Empfinden eines »permanenten Alarmzustand[s]« (Horn, 2014, S. 80) durch die »doomsday clock«, veröffentlicht und verstellt vom Aufsichtsrat der Zeitschrift »Bulletin of Atomic Scientists«.¹¹ Um Befürchtungen zu zerstreuen, sich gegenüber

10 Eine Operationalisierung und darauf basierende Untersuchung zum Institutionalisierungsgrad der ökologischen Bewegung findet sich bei Rucht und Roose (2001).

11 Im März 2025 zeigt die Doomsday-Uhr 89 Sekunden vor 12 an, was die Entscheidungsträger*innen neben der Bedrohung durch den Klimawandel u.a. mit der durch den russischen Angriffskrieg in

der Sowjetunion als friedliebende Weltmacht in Szene zu setzen und gleichzeitig die atomare Aufrüstung unter zivilem Deckmantel fortzuführen, war der maßgeblich von Eisenhower mit seiner 1953 gehaltenen »Atoms for Peace«-Rede entfachte Diskurs um das »friedliche Atom« zweckdienlich (vgl. Doering-Manteuffel, 2015, S. 83f.). Vor der skizzierten Drohkulisse wurde der friedliche Einsatz der Kernspaltung von prominenten Gestalten wie Ernst Bloch und Julian Huxley als Verheißung angepriesen. Auch die »Göttinger Achtzehn« – eine Gruppe prominenter Naturwissenschaftler, die sich bekanntermaßen 1957 im »Göttinger Manifest« gegen eine Aufrüstung der BRD mit Atomwaffen einsetzten – sprachen sich für eine zivile Nutzung aus. Nicht allein in der Energieversorgung – so der Tenor der frühen Atomeuphorie – liegt das Potenzial der Kernspaltung (Radkau, 2017, S. 134). Daneben zelebrierte man z.B. auch die Vision einer hierdurch herbeigeführten Urbarmachung bisher unbewohnbarer Weltregionen (etwa Wüsten und Polargebiete) (Radkau & Hahn, 2013, S. 59). Zweifel am Projekt der friedlichen Kernkraftnutzung wurden jedoch bereits in der Nachkriegszeit aus verschiedenen gesellschaftlichen Lagern laut, insbesondere aber aus den Reihen der Ingenieur*innen und Ökonom*innen (Radkau, 2017, S. 142ff.). Insgesamt zeichnet sich der Zeitraum von 1945 bis zu den ausgehenden siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts dadurch aus, dass – wie Mende (2011, S. 339) schreibt – die »öffentlichen Mobilisierungswellen gegen die Stationierung von Atomwaffen sowie gegen die zivile Nutzung der Kernenergie stets voneinander getrennt verlaufen«. Das sollte sich erst zu Beginn der 1980er Jahre ändern.

Die Anti-AKW-Bewegung bildete sich zu einer Zeit, als vermehrt Kraftwerke geplant und gebaut wurden und somit aus der Fantasie Wirklichkeit wurde, was ihre Risiken an die Oberfläche treten ließ (vgl. Radkau, 2011, S. 212). Der erste Akt des »Atomkonflikts« spielte sich von 1973 bis 1977 zunächst im baden-württembergischen Breisach und später im zehn Kilometer entfernten Wyhl ab. Es ist bemerkenswert, dass eine der bedeutendsten Protestbewegungen der BRD nicht im urbanen Raum – dem herkömmlichen Habitat des Alternativmilieus – entstand, sondern »in einem kleinen Auenwäldchen in der Nähe des Rheins« (Vollmer, 2007, S. 271). Hier und auch im Kontext anderer Protestbrandherde, ob im niedersächsischen Gorleben oder im bayerischen Wackersdorf, ließ sich eine nicht immer konfliktfreie Zusammenarbeit zwischen den gegen das Großprojekt vor der »eigenen Haustür« aufbegehrenden lokalen Initiativen (z.B. den Winzer*innen in Breisach) und dem Sammelbecken der angereisten Aktivist*innen beobachten. Den militanten Stimmen darunter ging es um nichts Geringeres als den gewaltsamen Sturz des (von Robert Jungk 1977 im gleichnamigen Buch angeprangerten) »Atomstaates«, wobei eine Sicht auf den Staat als gegnerische Seite bzw. ein Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen auch in moderaten Kreisen einen Resonanzraum fand (Gauamer, 2018, S. 21).¹² Jene Beteiligung nicht nur vermeintlich »abgehobener« und »radikaler« städtischer Atomkraftgegner*innen, sondern auch lokaler Aktivist*innen mit »Erde

der Ukraine aktualisierten Gefahr eines atomar geführten Weltkrieges begründen (Science and Security Board, 2025).

12 Wie Mende (2011, S. 334f.) beschreibt, wurde dieses Misstrauen teils erst erworben, vor allem im Zuge von Widerfahrnissen des mitunter traumatisierenden Einsatzes von Staatsgewalt gegenüber Demonstrierenden.

an den Füßen«¹³ ist als entscheidender Erklärungsfaktor für die breite Zustimmung in der Bevölkerung anzusehen.

Angesichts der Erfahrungen in Wyhl waren die ausführenden Organe für Proteste gewappnet, als 1975 der Bau eines Kernkraftwerks im schleswig-holsteinischen Brokdorf beschlossen wurde (Hillengaß, 2012, S. 27). Ein Teil der Aktivist*innen schreckten weder vor der Umzäunung des Geländes noch vor dem Polizeiaufgebot zurück und es kam wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizeikräften und Aktivist*innen. Infolge der Proteste wurde der Bau für vier Jahre ausgesetzt.¹⁴ Als ein Wendepunkt im Anti-AKW-Protestgeschehen gilt das Jahr 1977, in dem der Widerstand gegen drei Bauprojekte (Brokdorf, Kalkar und Grohnde) von derart heftigen Gewaltausschreitungen überschattet wurden, dass Augenzeug*innen von »bürgerkriegsähnlichen Schlachtenszenen« sprachen (Mende, 2011, S. 336f.). Weit verbreitet war daraus resultierend selbst in der vor radikalen Mitteln nicht zurückschreckenden Sponti-Szene das Empfinden, sich in einer ausweglosen Situation zu befinden und anderweitige Formen politischer Beteiligung in Betracht ziehen zu müssen (vgl. ebd.). Dies war – so Mende – ausschlaggebend für die in der Gründung der Grünen resultierenden Hinwendung eines Teils der Bewegung zum parlamentarischen Weg.

Als »historischen Höhepunkt der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung« stellen Radkau und Hahn (2013, S. 304) die Proteste um das niedersächsische Gorleben heraus. Dieses war aufgrund der dünnen Besiedlung des Gebiets als Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) und ein Atommüllendlager ausgesucht worden. Wie in Wyhl bildeten sich auch hier Allianzen zwischen einheimischen Landwirt*innen und angereisten Protestierenden. In die grüne Erinnerungskultur ging weiterhin insbesondere die »Freie Republik Wendland« als Experimentierfeld für basisdemokratische Formen der Vergemeinschaftung bzw. gelebte Utopien ein (vgl. ebd.). Befeuert durch den Störfall im US-amerikanischen Harrisburg fand im Frühjahr 1979 das bis dato größte Protestereignis in der Lebenszeit der Bewegung statt. Kurz darauf tagte auch das internationale Gorleben-Symposium in Hannover, was einen weiteren »großen Wendepunkt im Atomkonflikt« (ebd., S. 303) markiert: Zu dessen Abschluss erklärte Ministerpräsident Ernst Albrecht das WAA-Projekt in Gorleben für beendet, da »politisch nicht durchsetzbar«.

In den ausgehenden 1970er Jahren war die zuvor adressierte Trennung zwischen dem Aufbegehen gegen die Nutzung der zivilen und militärischen Atomkraft weitestgehend einer Verflechtung gewichen. Auf den Punkt bringt dies die damalige Begriffsneuschöpfung »Ökopazifismus«, kurz »Ökopax«. Zusammengedacht sollten die

13 Wie es der ehemalige Grünen-Politiker Roland Vogt in einem Interview ausdrückt (Heinrich-Böll-Stiftung, 2018, S. 17).

14 Nach Wiederaufnahme der Baupläne für Brokdorf erließ der zuständige Landrat 1981 auf die Ankündigung von erneuten Demonstrationen hin den umstrittenen »Brokdorf-Beschluss«, ein Versammlungsverbot rund um den Schauplatz (für eine vertiefte Besprechung siehe Doering-Manteuffel, Greiner & Lepsius, 2015). Unter diesen verschärften Bedingungen kam es am 28. Februar 1981 zu einer Großdemonstration, die derart gewaltsam eskalierte, dass sie auch als »Schlacht von Brokdorf« in die bundesrepublikanische Geschichte einging. Vier Jahre später wurde der »Brokdorf-Beschluss« vom BVG für unzulässig erklärt, womit gleichermaßen ein wichtiger Grundstein eines reformierten Demonstrationsrechts gelegt wurde.

Umwelt- und Friedensbewegung – wie der frühere Grünen-Abgeordnete Roland Vogt es formuliert – eine »Lebensbewegung« bilden (Heinrich-Böll-Stiftung, 2018, S. 17). Dem in verschiedenen Kreisen Widerstand provozierenden NATO-Doppelbeschluss des Jahres 1979 kam dabei eine Schlüsselrolle zu. Bis ihre Anziehungskraft zur Mitte der achtziger Jahre abflachte, entfaltete diese zweite Friedensbewegung ein in der BRD bisher ungekanntes Mobilisierungspotenzial (Mende, 2011, S. 340). So versammelten sich etwa 1983 zum Besuch Ronald Reagans rund 400.000 Protestierende im Bonner Hofgarten. Dass diese Demonstrationen den Status einer (zumindest im »alternativen« Milieu) geteilten generationalen Erfahrung innehaben, wird auch in einer der Gruppendiskussionen deutlich, als eine Teilnehmerin äußert, »wahrscheinlich warn wir alle in Bonn aufm Hofgarten« (Gr. 9, S. 4). Von der Verflochtenheit der Themenstränge zeugt, dass man beim Protest gegen die später (anstelle von Gorleben) in Wackersdorf anvisierte WAA auch auf friedenspolitische Argumente rekurrierte. Unterstellt wurde (wohl ungerechtfertigterweise) die verschleierte Absicht, das wiederaufbereitete Plutonium zur Atomwaffenherstellung nutzen zu wollen (vgl. Radkau & Hahn, 2013, S. 306). Diskursive Verflechtungen finden sich im Übrigen auch zwischen Atomkraft und Gen-technik, der sich die grüne Bewegung ab 1984 verstärkt zuwendet (ebd., S. 307). Zu einem Wiederaufleben der Anti-AKW-Bewegung, um die es in den Folgejahren ruhiger geworden war, führten zwei Reaktorausfälle, zum einen 1986 in Tschernobyl, zum anderen 2011 in Fukushima. Mit dem daraufhin vereinbarten Ausstieg aus der Atomkraft wurde vorerst ein Schlussstrich unter dieses spannungs- und konfliktgeladene Kapitel der bundesdeutschen Geschichte gesetzt.

3.2.4 Die »Grenzen des Wachstums«: Schlüsselmomente in der Geschichte der Klimabewegung und des internationalen Klimaregimes

»Think globally, act locally«, so lautet eine ikonische Lösung der Umweltbewegung, zurückgehend auf David Brower, den Begründer der »Friends of the Earth«. Hierin artikuliert sich der für die heutige Klimabewegung charakteristische supra- und transnationale Blick. Zur Schärfung des planetaren Bewusstseins trugen u.a. der Erfahrungs-horizont des Kalten Krieges (Uekötter, 2019, S. 11f.), aber nicht unwesentlich auch die 1968 und 1972 von Apollo-Astronauten aufgenommenen Fotografien »Erdaufgang« und »Blue Marble« bei. Erstmals war es im Zuge dessen möglich, den Planeten von einem Außenstandpunkt zu betrachten. Stellvertretend steht hierfür der Ausspruch des Apollo 15-Astronauten Alfred Worden, der sagte, er wisse nun, warum er auf dem Mond sei: »Nicht um den Mond aus größerer Nähe zu sehen, sondern um zurückzuschauen auf unser Heim, die Erde« (zit.n. Schmid, 2008, S. 14). Den Astronauten ebenso wie auf-merksamen Betrachter*innen jener Fotografien offenbarte sich (potenziell) mindestens dreierlei: erstens die Verletzlichkeit und Schutzbedürftigkeit des nur vom dünnen Man-tel der Atmosphäre umhüllten Planeten, zweitens die Verbundenheit zu dieser einzigen Heimat aller Menschen und drittens die Schönheit des planetaren Zuhause (vgl. ebd., S. 14f.). Entsprechend schrieb Al Gore den Aufnahmen gar zu, die Umweltbewegung initiiert zu haben (Horn, 2014, S. 169). Den planetaren Blick beförderte darüber hinaus der 1973 erschienene Club of Rome-Bericht »Grenzen des Wachstums«, der sich mit seinen

Berechnungen zur Endlichkeit der Erdressourcen als eines der Gründungsdokumente der hiesigen Klimabewegung erweisen sollte. Dazu, dass der Klimawandel in der Bundesrepublik in aller Munde geriet und eine größere Protestwelle auslöste, kam es jedoch erst im Jahr 1986, als auf der Titelseite des Spiegels ein von Meeresswasser überfluteter Kölner Dom zu sehen war, worunter in großen Lettern die Überschrift »Die Klima-Katastrophe« prangte (Uekötter, 2015, S. 158).¹⁵ Die sich seit den 1990er Jahren in der globalen Arena abspielenden Bewältigungsanstrengungen, deren Hauptschauplatz die Klimakonferenzen sind, gestalten sich äußerst mühsam und schwerfällig angesichts der kollidierenden Betroffenheits- und Interessenslagen. Zweifelsohne wurden auf dieser internationalen Ebene namhafte Erfolge erzielt. Erfolgsverhießend war etwa 1992 der Klimagipfel in Rio de Janeiro, der drei internationale Verträge hervorbrachte und 2015 die Pariser Klimakonferenz, die in der von 195 Staaten ratifizierten Vereinbarung der Pariser Klimaziele mündete (Bocksch, 2025). Doch hinkt – wie FFF anmahnen – das Gros der Nationen, einschließlich Deutschland, in der Umsetzung der ratifizierten Klimaziele hinterher.

3.2.5 Thesenhafte Synopsis: Zukunftsentrückte und Grundmotive in der ökologischen Bewegung der BRD

»Die Ökologiebewegung war nie utopisch«, heißt es bei Harald Welzer (2015, S. 102), und auch Joachim Radkau (2020, S. 275) schildert seine erfolglose Suche nach Zeugnissen des Utopischen im »bundesdeutschen Umwelt-Schrifttum«. Rekapitulieren wir die verschiedenen Stationen der jüngeren Umweltbewegungsgeschichte, so wird in der Tat evident, dass ihr Hauptaugenmerk auf dem Befürchteten liegt – dessen Abwendung wird zugleich zum Hoffnungsgegenstand. Diesem Fokus auf dem Befürchteten mag mitunter auch die Prämissen zugrunde liegen, die Öffentlichkeit nur auf dem Wege der Alarmierung für die eigenen Anliegen gewinnen zu können. Betrachten wir einzelne Exemplar grüner Krisenrhetorik – z.B. »Mit den Bäumen sterben die Menschen«, »Heute GorLeben – morgen GorTod« – so fällt auf, dass das Motiv des bedrohten Lebens, auch im Sinne der Bedrohung der menschlichen Existenz in ihrer Gesamtheit, themenübergreifend auftaucht. Es bildet gewissermaßen einen zentralen Knotenpunkt, an dem verschiedene Diskursstränge, die gemeinsam das Bild einer »Gesamtkrise« (Mende, 2011, S. 384) heraufbeschwören, zusammenlaufen. Legt man jedoch einen weiten Begriff des Utopischen zugrunde, so kann der Umweltbewegung in den Anfangsjahrzehnten durchaus eine Hinwendung zu nicht-universalistischen, kleinen erträumten und auch gelebten Utopien konstatiert werden. Des Weiteren lassen sich, wenn auch womöglich keine voll ausgeformten Gebilde, so doch Ansätze und Skizzen des Utopischen in der damaligen grünen Bewegung entdecken, z.B. in der Adressierung eines »ökologischen Sozialismus«. Gleichwohl ist festzuhalten, dass der Akzent, wie beschrieben, auf dem Befürchteten und dessen Abwendung liegt.

15 Weniger bekannt ist, dass die besagte Spiegel-Ausgabe vom Arbeitskreis Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft mit dem Ziel (mit-)initiiert worden war, den öffentlichen Diskurs nach Tschernobyl von der Kernkraft abzulenken (Uekötter, 2019, S. 12).

Wir sollten uns vor Augen halten, dass die grüne Bewegung hierzulande äußerst heterogen war (und ist). Sie kann sich – wie beschrieben – als Sammelbegriff auf die Klima-, Naturschutz- und Anti-AKW-Bewegung ausdehnen. Auch mit Blick auf vermeintlich vereinende Verständnisse zeigen sich bei näherer Betrachtung erhebliche Divergenzen: So wurde z.B. unter dem negativ eingefärbten Begriff des modernen Industrialismus je nach Lagerzugehörigkeit Unterschiedliches gefasst (vgl. Mende, 2011, S. 369ff.). Die Abkehr von der Heilsvorstellung des technologisch-materiellen Fortschritts – verbunden mit dem Glauben an die Plan- und Herstellbarkeit des Zukünftigen durch den Menschen und einem linearen Zeitkonzept – vollzog sich ebenfalls keineswegs einstimmig. Vielmehr herrschte in Teilen der in die grüne Bewegung eingegangenen Linken unterschiedlicher Provenienz das Verständnis vor, nur ein Festhalten am Fortschrittsgedanken könne die Lebensverhältnisse der derzeit Benachteiligten verbessern. Angeichts dieser Heterogenität arbeitet Mende (2011, S. 382ff.) heraus, dass die zunehmende Bemühung des »Krisen-Topos« im Zeitraum zwischen den 1970er und frühen 1980er Jahren eine integrative Funktion erfüllt habe.

Ohne die im Rahmen dieser Studie erhobene Empirie systematisch zur Rate zu ziehen, lassen sich bereits einige Annahmen zur (zukunftsbezogenen) Verhandlung des Klimawandels in der Gegenwart im Vergleich zu anderen Themenschwerpunkten der Umweltbewegung formulieren. Eine solche Kontrastierung ist freilich nur bedingt möglich, da die Klimabewegung als (historisch gewachsener) Teil der Umweltbewegung untrennbar mit dieser verwoben ist.

In vielerlei Hinsicht wird in der heutigen Klimabewegung der Diskurs der Wachstums-, Konsum- und Fortschrittskritik fortgeschrieben, wie er in seinen Grundzügen schon ab den beginnenden 1970er Jahren angelegt worden war. Auch was den ethisch-moralischen Fixpunkt der globalen und generationalen ökologischen Gerechtigkeit anbelangt, lässt sich konstatieren, dass sich dieses Grundmotiv in der Ökologiebewegung schon in ihren Anfängen niederschlug (bspw. in dem das erste Wahlplakat der Grünen von 1979 zierenden Slogan »Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt«). Mit Generationengerechtigkeit assoziiert ist dabei der zukunftsgerichtete Imperativ der Vorsorge, dem sich die Ökologiebewegung verschrieben hat. Wenn wir nun auf thematische Prioritätensetzungen blicken, entsteht der Eindruck, dass in der Umweltbewegung der 1970er und 1980er Jahre tendenziell eine größere thematische Kleinteiligkeit und Fluktuation gegeben war als im Kontext ihres zeitgenössischeren Pendants. Bereits seit über drei Jahrzehnten entzündet sich der Umweltprotest vorrangig am Klimawandel. Zwar adressiert man verschiedenste Themen- und Problemstellungen, doch werden diese überwiegend in die größere verbindende Klammer des Klimawandels eingefügt – insofern ist also diesbezüglich das Epizentrum des Diskurses klarer auszumachen.¹⁶ Gegenüber anderen in der Bewegungsgeschichte fokussierten Missständen ist für den Klimawandel bezeichnend, dass dieser nicht zu vermeiden, zu lösen oder aus der Welt

16 Hierin fügen sich retrospektiv auch solche Themen ein, die zuvor anders kategorisiert worden waren, so wird in einer Diskussion mit einer Grandparents for Future-Gruppe (Gr. 9, S. 3) beschrieben, dass Fahrradproteste, an denen man in den 1980er Jahren mitgewirkt hat, nun als »wesentliches Element im Rahmen« der Klimawandelbekämpfung in einem »größeren Zusammenhang« begriffen würden.

zu schaffen, sondern lediglich einzudämmen sowie nicht auf lokaler, sondern lediglich auf globaler Ebene bewältigbar ist.¹⁷ Hieraus und aus dem Umstand seiner weltumspannenden Konsequenzen ergibt sich die Notwendigkeit eines planetaren Blicks, der nicht für alle thematischen Schwerpunkte der Umweltbewegung gleichermaßen von Relevanz ist. Man kommt zudem nicht umhin zu bemerken, dass es sich beim Klimawandel nicht »nur« um eine in der Zukunft anzusiedelnde Bedrohung bzw. ein Risiko handelt, wie es für andere Brennpunkte der ökologischen Bewegung, wie z.B. die Nutzung ziviler Kernkraft, hierzulande der Fall war.¹⁸ Vielmehr hat dieser längst und mithin drastisch in die Gegenwart Einzug erhalten. Dennoch prägt er freilich Zukunftsperspektiven: So wird die derzeitige Klimabewegung von jungen Menschen getragen, die sich – wie es auch zu früheren Zeitpunkten unter Umweltbewegten der Fall war – ihrer (affirmativ verstandenen) Zukunft, ihrer lebenswerten Existenz in der Zukunft, keineswegs sicher sind. Ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal der von der Klimabewegung aufgezeigten Zukunftsaussichten ist der Grad ihrer wissenschaftlichen Verankerung und Anerkennung – so werden die Prognosen der FFF-Bewegung von beinah allen seriösen Klimaforschenden gestützt. Zur Verankerung trägt auch bei, dass Klimawandelszarien heutzutage in nie dagewesener Präzision und Komplexität modellierbar sind. Um den Bogen zu schließen, sei zuletzt auf die z.B. von Görgen und Wendt (2020b) ins Spiel gebrachte Diagnose verwiesen, sozial-ökologische Utopien seien gerade in umweltbewegten Kreisen – trotz oder gerade wegen der allerorten anzutreffenden Krisen- und Katastrophenimaginationen – heute im Aufschwung begriffen. Dafür spricht u.a., dass z.B. Harald Welzer (2020) oder Luisa Neubauer und Alexander Repenning (2019) die Bedeutung utopischen Denkens zur Überwindung der Klimakrise betonen und eigens utopische Visionen skizzieren. Wie sich zukunftsbezogenes Denken und Fühlen in Gesprächen mit jungen und älteren Umwelt- bzw. Klimaaktivist*innen niederschlägt, welche Rolle dabei utopischen, aber auch Katastrophenimaginationen zukommt, soll in dieser Arbeit ausführlich ausgeleuchtet werden.

17 Hieraus ergibt sich auch die relative Schwierigkeit der Mobilisierung von Klimawandelprotest. Kontrastierend pointiert Uekötter (2019, S. 12) dies folgendermaßen: »Wenn ein Chemiewerk seine Nachbarn krank machte, gab es eine klar umgrenzte Gruppe der Betroffenen und konkrete Maßnahmen, für die sich kämpfen ließ. Aber wie mobilisiert man eine globale Gemeinschaft für schmerzliche Einschnitte, die erst auf lange Sicht ihre Wirkung entfalten?«

18 Nichtsdestotrotz war diese Bedrohung durchaus als gegenwärtig erfahrbar, was sich in der zuvor angeführten retrospektiven Beschreibung der 1980er Jahre einer Interviewpartnerin zeigt: »[G]raue Luft, rote Flüsse, ähm: unsichtbare Radioaktivität überall //mhm//, die die Menschen krankmacht, ähm, stinkende Luft, Straßenverkehr, laut [...]« (Int. 9, S. 6).